

NEWSLETTER 2/2016

(Thun, 25. Mai 2016)



Ursula Haller und Reto Vannini befinden sich bereits auf der Seidenstrasse

Was seit über einem Jahr bekannt war, ist nun seit mehr als drei Wochen Tatsache. Am 2. Mai 2016 haben Ursula Haller und Reto Vannini mit ihrem «Homie» die rund 200 Tage lange Reise über die Seidenstrasse nach China und zurück angetreten. Wie wir gestern erfahren haben, befinden sie sich im Moment in der Hauptstadt von Russland, also in Moskau.

Diese langersehnte und gut vorbereitete Reise hat natürlich im Vorfeld hier in Thun zu einigen Veränderungen geführt. Wie bereits in unserem Newsletter 1/2016 erwähnt, ist Reto Vannini im Hinblick auf unsere Hauptversammlung vom 10. Februar 2016 als Präsident der BDP Stadt Thun zurückgetreten. An seiner Stelle haben die Parteimitglieder Mike Müller zum neuen Präsidenten gewählt. Reto Vannini ist auch als Stadtrat von Thun zurückgetreten. Reto wurde anlässlich der Gemeindewahlen am 30. November 2014 für eine zweite Legislatur in den Thuner Stadtrat gewählt. Auf Grund der Wahlergebnisse, befand sich Claude Schlapbach als erster Ersatzmann auf der Warteliste. Am 7. April 2016 wurde Reto Vannini mit grosser Anerkennung für seine geleistete Arbeit aus dem Stadtrat verabschiedet. Der Gemeinderat gab gleichzeitig bekannt, dass Claude Schlapbach, anlässlich der letzten Gemeinderatssitzung, als Nachfolger von Reto Vannini als gewählt erklärt wurde.

Stadtrat von Thun

Wir gratulieren **Claude Schlapbach** zu seinem neuen Amt und wünschen ihm im Thuner Stadtrat viel Erfolg. Claude wird am 3. Juni 2016, anlässlich seiner ersten Sitzung im Stadtrat, in die SAKO Sicherheit und Soziales gewählt werden.



Claude Schlapbach

Anlässe und aktuelle Arbeiten

Seit unserer diesjährigen Hauptversammlung haben uns bereits verschiedene Themen beschäftigt. So namentlich die Städte-Initiative, die Arbeitsgruppe Wohnstrategie 2030 der Stadt Thun, die Arbeitsgruppe Umsetzung des Altersleitbildes 2016 bis 2018, wie auch die überparteiliche Arbeitsgruppe Asyl. Wir möchten es nicht unterlassen, allen Beteiligten für die gute und sehr intensive Zusammenarbeit herzlich zu danken.



Inzwischen hatten wir auch einen sehr erfolgreichen Anlass, die Stadtführung mit Dr. Jon Keller. „Kennen Sie Thun? Thun im Detail“ fand am Freitag, 22. April 2016 von 18.00 bis rund 19.30 Uhr statt und begeisterte insgesamt 27 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Regierungswahlen vom 3. April 2016

Nach zwei Rücktritten aus dem Regierungsrat, musste u.a. der fest zugesicherte Sitz für den Berner Jura auch neu besetzt werden. Im ersten Wahlgang am 28. Februar 2016 erreichte nur der Berner Oberländer Christoph Ammann (SP) mit über 50% Stimmenanteil einen Sitz. Im zweiten Wahlgang am 3. April 2016 wurde für den Berner Jura Pierre Alain Schnegg (SVP) gewählt.

Somit ergab sich folgende neue Sitzverteilung: 2 SVP, 1 FDP, 1 BDP, 1 Grüne und 2 SP. Dadurch entstand neu im Regierungsrat eine bürgerliche Mehrheit, was uns natürlich sehr freut.

Abstimmungswochenende vom 5. Juni 2016

Anlässlich unserer 27. Parteiversammlung, die am Mittwoch, 18. Mai 2016 im Restaurant Rössli, im Rössli-Saal, Dürrenast stattfand, haben wir zu den eidgenössischen Vorlagen unsere Parolen gefasst. Da das Abstimmungsmaterial bereits an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verschickt wurde, möchten wir Ihnen nachfolgend unsere Erkenntnisse zu den einzelnen Vorlagen bekanntgeben.

Volksinitiative «Pro Service Public»

Die Initiative verlangt, dass der Bund und die bundesnahen Unternehmen im Bereich der Grundversorgung nicht nach Gewinn streben. Die Löhne in diesen Unternehmen dürfen nicht über diejenigen der Bundesverwaltung liegen.

Der Bundesrat und das Parlament lehnen diese Volksinitiative ab. Die Schweiz verfügt über einen sehr guten und zuverlässigen Service Public.

Die Argumente des Initiativkomitees: Ja zum Service Public! Ja zu einer guten landesweiten Grundversorgung! Nein zu Millionensalären von Manager von Bundesbetrieben! Man stellt fest, dass in den letzten 15 Jahren mehr als die Hälfte aller Poststellen geschlossen und über 5'000 Briefkästen entfernt wurden. Die SBB machte in den letzten Jahren gewaltige Preiserhöhungen für GA's, Halbtax-Abos und Billetpreise. Andererseits sinkt der Service: geschlossene Schalter, Stehplätze in S-Bahnen und Intercitys usw.

Die Argumente der Gegner: Grundsätzlich stellt man fest, dass der Initiativtext nicht das aussagt, was die Initianten eigentlich erreichen möchten. Tatsächlich schwächt die Initiative den Service Public, schadet den bundesnahen Unternehmungen und nimmt Steuererhöhungen und einen weiteren Leistungsabbau in Kauf. Sie hält also keineswegs, was sie verspricht.



**Bewährtes
zerstören?**
NEIN zur schädlichen
Service Public-
Initiative

Die BDP Schweiz und die BDP Kanton Bern haben je einstimmig die NEIN-Parole beschlossen. Auch die BDP Stadt Thun hat ebenfalls einstimmig die NEIN-Parole beschlossen.

Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»

Die Initiative verlangt vom Bund die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Dieses soll es der ganzen Bevölkerung ermöglichen, ein menschenwürdiges Dasein zu führen und am öffentlichen Leben teilzunehmen, unabhängig von einer Erwerbsarbeit.

Der Bundesrat und das Parlament empfehlen, die Initiative abzulehnen. In der Schweiz gilt heute, dass Menschen im erwerbsfähigen Alter ihren Lebensunterhalt selber finanzieren. Bei Personen oder Haushalten, die dazu nicht in der Lage sind, springt die Allgemeinheit gezielt mit Sozialleistungen ein.

Die Gegner befürchten zu Recht, dass Personen, die im Erwerbsleben weniger oder gerade gleichviel verdienen als das bedingungslose Grundeinkommen einbringt, in Zukunft nicht mehr arbeiten würden. Andererseits könnte dieses bedingungslose Grundeinkommen auch viele Ausländer in die Schweiz locken, wo sie dadurch mehr Geld einkassieren würden, als sie in ihrem Heimatland mit viel Arbeit verdienen können.

Die BDP Schweiz lehnt die Initiative mit 129 NEIN gegen 2 JA ab, die BDP Kanton Bern hat einstimmig die NEIN-Parole beschlossen.

Anlässlich unserer Parteiversammlung wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass es richtig ist, die Diskussion über diese Initiative zu führen. Die Initiative wird sicher abgelehnt, aber wir müssen erkennen, dass in den nächsten 20 bis 30 Jahren infolge von zunehmender Automatisierung und Roboterisierung viele Arbeitsplätze verschwinden werden. Deshalb muss die Diskussion in den nächsten Jahren unbedingt weitergeführt werden. Heute ist es aber zu früh, um bereits über die künftigen Probleme Entscheidungen zu treffen.

NEIN zum
bedingungslosen
Grundeinkommen

Die BDP Stadt Thun hat mit 10 Nein gegen 1 Ja die NEIN-Parole beschlossen.

Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung»

Die Initiative verlangt, dass die Mineralölsteuer auf Treibstoffen nur für Ausgaben im Strassenverkehr verwendet wird. Der Ertrag daraus steht heute je zur Hälfte für den Strassenverkehr und für die übrigen Ausgaben des Bundes zur Verfügung. Wenn der gesamte Ertrag in den Strassenverkehr fliessen würde, würden für den heutigen Bau, Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen sowie für die Beiträge an die Strassenlasten der Kantone statt 3,7 Milliarden, rund 5,2 Milliarden Franken zur Verfügung stehen. Andererseits müsste die Bundeskasse jährlich rund 1,5 Milliarden Franken anderweitig abdecken.

Der Bundesrat und das Parlament lehnen die Initiative je ohne Gegenvorschlag ab. Eine weitere Vorlage ist die Schaffung eines Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds NAF. Sowohl der Ständerat wie auch der Nationalrat haben jedoch eine Verknüpfung dieser Vorlage mit der Initiative abgelehnt.

Die Befürworter stellen fest: obschon die Strassenbenützer jedes Jahr über 9 Milliarden Franken Steuern, Gebühren und Abgaben zahlen, gibt es in den Städten und Agglomerationen ständig mehr Staus. Grund: Die Politiker bremsen und sagen, für den weiteren Ausbau der Strassen fehle das Geld. Deshalb wollen sie den Benzinpreis weiter erhöhen und die Autobahnvignetten verteuern.

Die Gegner stellen jedoch fest, dass das Geld vorhanden ist, es kann nur nicht sofort eingesetzt werden, da jeder weitere Ausbau durch Einsparungen verzögert oder sogar verhindert wird. Heute fliessen von der Mineralölsteuer 50% in die Spezialfinanzierung des Strassenverkehrs und 50% in die Bundeskasse zur Finanzierung aller Aufgaben des Bundes, u.a. in die Landwirtschaft, die Landesverteidigung, in Bildung und Forschung usw. Zudem hat der Bund vorgesehen, analog zum Eisenbahn-Fonds (FABI) einen Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fond (NAF) zu schaffen. Die entsprechende Vorlage liegt bereits vor und wurde vom Ständerat in der Sondersession bereits gutgeheissen. Der Ständerat schlägt vor, diesen Fonds schon mal mit 700 Millionen Franken pro Jahr zu unterstützen. Die Vorlage wurde jedoch im Nationalrat noch nicht behandelt. Man geht jedoch davon aus, dass auch der Nationalrat die Vorlage gutheissen wird. Demzufolge ist diese Milchkuh-Initiative total unnötig und schießt somit weit über das Ziel hinaus.

Die BDP Schweiz hat in Flims mehrheitlich die NEIN-Parole beschlossen. Die BDP Kanton Bern hat mit 61 NEIN gegen 6 JA und bei 5 Enthaltungen ebenfalls die NEIN-Parole beschlossen.

Wir haben an der Parteiversammlung festgestellt, dass es wichtig ist, wie eine Initiative von den Initianten bezeichnet und erklärt wird. Vielfach werden ganz wichtige Punkte nicht erklärt. So auch hier: Bei der Annahme der Initiative fehlen in der Bundeskasse jährlich rund 1,2 Milliarden Franken. Wie soll dieser fehlende Betrag konkret finanziert werden? Wenn zudem der Fonds NAF realisiert wird, sollten eigentlich die Strassenprobleme auch ohne diese Initiative lösbar sein.

NEIN

zum
Milchkuh-Schwindel
Am 5. Juni 2016

Die BDP Stadt Thun hat mit 10 NEIN gegen 1 JA die NEIN-Parole beschlossen.

Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMedG)

Mit der Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes soll die Präimplantationsdiagnostik (PID) zugelassen werden. Durch künstliche Befruchtung erzeugte Embryonen sollen unter strengen Voraussetzungen genetisch untersucht werden dürfen. Im Juni 2015 hat die Schweizer Stimmbevölkerung eine Verfassungsänderung zur Präimplantationsdiagnostik (PID) mit klarer Mehrheit angenommen. Damit wurde die Voraussetzung geschaffen, dass die PID in der Schweiz durchgeführt werden kann. Bei der PID wird ein durch künstliche Befruchtung erzeugter Embryo genetisch untersucht, bevor er der Frau in die Gebärmutter eingesetzt wird. Das heute geltende FMedG verbietet die PID noch.

Der Bundesrat und das Parlament empfehlen die Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMedG) anzunehmen.

Neu wäre: Paare, die Träger von schweren Erbkrankheiten sind oder die auf natürlichem Weg keine Kinder bekommen können, dürften von der neuen PID Gebrauch machen. Pro Behandlung dürfen höchstens 12 Embryonen entwickelt werden, wobei das Geschlecht sowie bestimmte Körpermerkmale wie die Haar- und Augenfarbe innerhalb der PID verboten sind. Die PID bleibt auch für alle anderen Paare verboten.

Gegen das geänderte FMedG ist das Referendum ergriffen worden. Die Gesetzesänderung gehe zu weit. Durch die PID entstehe eine Auswahl für nur gesunde Kinder. Die Änderung müsse nochmals überarbeitet werden. Die Befürworter haben jedoch erkannt, dass durch die vorliegende Änderung des FMedG allfällige schwere Erbkrankheiten bereits vor der Schwangerschaft erkannt würden, was letztlich die bisher bewilligte Abtreibung bis in die 12. Schwangerschaftswoche massiv verringern würde.

Die BDP Schweiz hat in Flims die JA-Parole beschlossen. Die BDP Kanton Bern hat mit 63 JA gegen 7 NEIN und 3 Enthaltungen ebenfalls die JA-Parole beschlossen.

An unserer Parteiversammlung kam es zur Frage, ob die PID nicht zu weit geht und deshalb neu überarbeitet werden muss. Wir haben jedoch erkannt, dass ein Schwangerschaftsabbruch sowohl körperlich für die Frau wie auch seelisch für das Paar sehr schmerzhaft ist. Zudem kann die PID bereits heute im Ausland sehr teuer gemacht werden. Das alles lässt erkennen, dass die PID durch die vorgesehene Änderung der FMedG künftig auch bei uns ermöglicht werden soll.



Die BDP Stadt Thun hat mit 7 JA gegen 2 NEIN und 2 Enthaltungen die JA-Parole beschlossen.

Änderung des Asylgesetzes

Asylverfahren dauern heute oft sehr lange. Bundesrat und Parlament wollen das Asylwesen mit beschleunigten und fairen Verfahren grundlegend erneuern. Gegen diese Revision des Asylgesetzes wurde das Referendum ergriffen. Man muss wissen, dass lange Asylverfahren sehr aufwendig und teuer sind. Sie belasten die Kantone und Gemeinden und belassen die Asylsuchenden oft jahrelang im Ungewissen. Die vorliegende Änderung des Asylgesetzes bezweckt deshalb eine massive Beschleunigung der Asylverfahren.

Gegner dieser Gesetzesänderung ist nur die SVP. Begründung: Alle Asylsuchenden erhalten einen Gratisanwalt. Damit seien sie bessergestellt als alle Schweizerbürger. Dies widerspreche dem Gleichheitsgebot in der Schweizer Bundesverfassung und führe zu unzähligen Rekursen und zu höheren Kosten im Asylwesen. Zum Bau von Asylzentren könne der Bund zudem Land und Gebäude enteignen. Damit würden die Eigentumsrechte mit Füßen getreten. Mit der Revision können noch mehr Leute hier in der Schweiz bleiben. Der Vollzug der Rückführung Abgewiesener werde nicht verbessert und die Kosten steigen weiter an. Das bestehende Gesetz genüge, der Bund müsse endlich handeln.

Die BDP Schweiz und die BDP Kanton Bern haben je einstimmig die JA-Parole beschlossen.



Wir haben erkannt, dass die Änderung des Asylgesetzes in der vorgeschlagenen Version richtig ist. Die BDP Stadt Thun hat deshalb ebenfalls einstimmig die JA-Parole beschlossen.

Wir bitten Sie, unbedingt an diesen Abstimmungen teilzunehmen.

Stadtrat Thun

Die nächste Stadtratssitzung findet am 3. Juni 2016, um 17.00 Uhr, im Rathaus Thun statt. Die BDP-Fraktion wird in ihrer neuen Besetzung mit Claude Schlapbach anwesend sein. Sie sind herzlich eingeladen, diese Stadtratssitzung ebenfalls als Besucher mitzuerleben.

<http://www.thun.ch/stadtverwaltung/stadtrat/sitzungen-traktanden-protokolle.html>

<http://www.thun.ch/stadtverwaltung/stadtrat.html>

Die beiden Hauptgeschäfte an der nächsten Sitzung sind:

- Jahresbericht und Rechnung 2015
- Neue Leistungsverträge mit Thuner Kulturinstitutionen 2017 bis 2020

Was passiert in nächster Zeit

Schadaugärtnerei

Am 17. Juni findet die «Offene Schadaugärtnerei» statt. Der Anlass richtet sich an Jung und Alt und bietet die Möglichkeit, die im ersten Forum erarbeiteten Visionen zu bewerten und eigene, neue Ideen einzubringen. Ein Rahmenprogramm mit Führungen durch das Areal, Musik und Verpflegung rundet den Anlass ab.

Jungbürger- und Mündigkeitsfeier 2016

Am Donnerstag 28. Juli findet die Jungbürger- und Mündigkeitsfeier auf dem Mühleplatz Thun im Rahmen des Mokka-Festivals „Am Schluss“ statt.

Junge BDP



Unser Jungmitglied Astrick Reist ist neu Vorstandsmitglied der Jungen BDP Kanton Bern. Wir wünschen Astrick viel Erfolg und gleichzeitig hoffen wir, auch hier in Thun mehr Jungmitglieder zu finden.

<http://www.bdp.info/jbdpbe/de/>



Astrick Reist

Termine:

Am Sonntag, 19. Juni 2016 von 10.00 bis 14.00 Uhr, findet das **jährliche Parteifest der BDP Kanton Bern** statt. Zum diesjährige Parteifest treffen wir uns im Wasser-Sport Club Bern, Thormannmätteliweg, 3004 Bern.

Am Samstag, 17. September 2016 findet zum zweiten Mal unser **Zwätschgechueche-Samschtig** im Bälliz statt. Alle Parteimitglieder sind dazu ganz herzlich eingeladen.

Die nächste Parteiversammlung findet am Donnerstag, 8. September 2016, um 19.30 Uhr, wiederum im Restaurant Rössli, Dürrenast statt. Wir werden u.a. die Parolen zu den Abstimmungen vom 25. September 2016 beschliessen.

Weitere Termine findet ihr unter: [http://www.bdp.info/stadt-thun\[view\]/de/anlaesse/](http://www.bdp.info/stadt-thun[view]/de/anlaesse/)

Wir wünschen Ihnen frohe und sonnenreiche Sommertage!

Vorstand BDP Stadt Thun